

Energiewende - Zäh, aber doch. Nukleare Sicherheit - kaum Thema. Salzburger Parteien legen sich fest.

Die überparteiliche Salzburger „Plattform gegen Atomgefahren. Für erneuerbare Energien“ ersuchte alle wahlwerbenden Parteien Ende Jänner um Beantwortung der 15 nachstehenden Fragen zu Ihrer künftigen Politik im Salzburger Landtag und/oder in der Salzburger Landesregierung betreffend unserer Energiezukunft und Sicherheit. Nachfolgend die Antworten als Kurzübersicht und im Detail. Neos, WIRS und MFG haben nicht auf unsere Fragen geantwortet.

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ+	Grüne
1 Ja zu Windenergie (S. 2)	+	+	~	+	+
2 Photovoltaik ausbauen (S. 4)	+	+	+	+	+
3 Öl-/Gasausstieg bei Warmwassergew. (S. 7)	+	+	0	+	+
4 Lösungen für PV in der Altstadt (S. 9)	~	~	-	+	+
5 Energieeffizienz/Wohnbau (S. 11)	+	+	+	+	+
6 Energieberatung ausreichend (S. 13)	~	+	~	~	+
7 Unterstützung f. Energiegemeinschaften ausbauen (S. 14)	+	~	~	+	+
8 Energieeinsparung Geschäftsfeld für Energieversorger (S. 15)	+	~	-	+	~
9 Notwendigkeit der LUA (S. 16)	+	~	-	+	+
10 Strahlen- und Katastrophenschutz ausreichend (S. 18)	+	+	-	~	~
11 Bestand Radiologisches Messlabor Salzburg des Landes (S. 19)	+	+	+	+	+
12 EU-Taxonomie und „atomare Renaissance“ bekämpfen (S. 20)	+	+	+	+	+
13 Rolle Salzburgs bei „Allianz der Regionen Energiewende ohne Atomkraft“ ausreichend (S. 23)	-	+	-	-	+
14 EURATOM-Vertrag abschaffen oder reformieren (S. 25)	+	+	+	+	+
15 bei Ukraine-Wiederaufbau Erneuerbare forcieren (S. 27)	+	+	~	+	+

+ Zustimmung / – Ablehnung / ~ teilweise Zustimmung und Ablehnung /
 0 Frage missverstanden (Antwort bezieht sich auf PV nicht Solarthermie)

Anm.: Die Parteien (v. a. FPÖ und Grüne) haben nicht immer alle Teilfragen beantwortet, sondern teilweise pauschal auf die Fragen geantwortet. Die PLAGE hat versucht diese Antworten nachträglich den Teilfragen bestmöglich zuzuordnen. Dies ist der Grund für vermeintlich fehlende Antworten auf Teilfragen.

Erneuerbare Energien im Land Salzburg

1. In Salzburg dreht sich – trotz zahlreicher geeigneter Standorte für Windenergie – immer noch kein Windrad.
 - **Soll die Windenergie in Salzburg weiterhin ungenutzt bleiben?**

SPÖ: Nein.

ÖVP: Nein.

FPÖ: Wenn eine Studie belegt, dass es Sinn macht, in Salzburg Windräder aufzustellen, bin ich nicht per se gegen Windenergie. Aber diese Studie gibt es nicht. Ich fände es aber sinnvoll, wenn sich die Salzburg AG an einem Windpark z. B.: im Burgenland, wo wir erheblich günstigere Windvoraussetzungen haben, beteiligen würde. Wir sollten forcieren, wo wir in Salzburg stark sind: Wasserkraft und Solarenergie. Auf diese Technologien zu setzen und sie zu fördern, ist sinnvoll.

KPÖ+: Nein, Windenergie soll genutzt werden, um saubere, sichere und leistbare Energie für die SalzburgerInnen zu liefern.

Grüne: Salzburg ist nur mit Windrädern vollständig! Windenergie ist notwendig, um Wasserkraft, Sonnenstrom und Biomasse zu ergänzen. In den Wintermonaten steht die Sonne niedrig und scheint kurz, die Gewässer führen Niedrigwasser. Auch das kann die Windenergie ausgleichen, die im Winterhalbjahr rund zwei Drittel ihres Jahresertrages bringt. Für uns GRÜNE ist auch die Windkraft notwendig, um die Energiewende zu schaffen und energieautonom zu werden. Denn nicht Windräder, sondern die Folgen des Klimawandels stellen die größte Bedrohung für unseren Lebensraum und unsere Artenvielfalt dar. Gleichzeitig gibt es für uns Tabuzonen: In den sensibelsten Zonen in den Alpen (z.B. Nationalpark) sollen sich keine Windräder drehen. Aber überall dort, wo es geeignete Standorte gibt, setzen wir uns für die Nutzung der Windkraft ein.

Wenn nein, haben Sie ein konkretes Ausbauziel innerhalb der nächsten Legislaturperiode?

SPÖ: Wir müssen die Windkraft nützen. In Salzburg gibt es elf ausgewiesene Zonen, in denen die Errichtung von Windkraftanlagen denkbar ist. Das ohnehin niedrig gesteckte Ziel, bis zum Jahr 2030 wenigstens 50 Prozent der Treibhausgase einzusparen, ist nur möglich, wenn wir jetzt aufs Tempo drücken und auch bei der Windkraft das volle Potential ausschöpfen. Nach zehn Jahren Untätigkeit der Landesregierung ist es jetzt an der Zeit, Windparkprojekte wie jenes bei mir in meiner Heimatgemeinde Neumarkt am Lehmberg am endlich umzusetzen. Es geht um unser Klima, aber auch um die Unabhängigkeit von fossilen Energien.

ÖVP: Das Landesentwicklungsprogramm sieht bereits 11 Vorrangzonen für Windkraft vor. Damit können interessierte Gemeinden an diesen ausgewiesenen Standorten schnell eine Widmung umsetzen und sparen sich zudem auch einiges an Verfahrenszeit, wie die Änderung der Räumlichen Entwicklungskonzepte und die Baubewilligungsfreistellung. Grundsätzlich bekennen wir uns zur Nutzung der Windenergie an geeigneten Stellen und unter Einbindung der regional Betroffenen. Zudem werden wir uns für Verfahrensbeschleunigungen bei der Errichtung bzw. Optimierung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie einsetzen.

KPÖ+: Bei der Windkraft ist mehr möglich als der Masterplan der Landesregierung (+250 GWh bis 2030) vorsieht. Allein die acht geplanten Windräder in Flachau würden bereits die Hälfte dieser Windkraftziele abdecken. Hier ist mehr möglich.

Um den nötigen politischen Willen vor Ort zu erreichen, sollte Salzburg dem Vorbild der belgischen Stadt Eeklo folgen und auf Genossenschaften in den Händen der BürgerInnen setzen. Anstatt Energiekonzernen den roten Teppich auszurollen, können in Eeklo die BürgerInnen den Strom zu günstigen Herstellungskosten beziehen und werden an etwaigen Gewinnen beteiligt. Das Land Salzburg könnte neben der gewinnorientierten Salzburg AG z.B. eine Windradgenossenschaft aufbauen. Baut diese in einer Gemeinde eine Windkraftanlage, können die GemeindebewohnerInnen ihr beitreten und vom lokal erzeugten Strom profitieren. Das dreht in Gemeinden, deren Bürgermeister bisher ablehnend waren, den Spieß um: Dann machen die BürgerInnen Druck von unten und die BürgermeisterInnen müssen sich bemühen, die günstigere erneuerbare Energie in ihre Gemeinde zu holen. Potenzial könnten auch dezentrale Kleinwindkraftanlagen bieten.

Grüne: Unser Ziel ist es, dass sich in Salzburg bis 2030 mindestens 50 Windräder drehen!

2. Nach Zahlen des Photovoltaik-Verbandes Österreich liegt Salzburg bei der Nutzung der Sonne zur Stromerzeugung im Bundesländervergleich weit zurück. Salzburg findet sich mit Kärnten und Tirol auf den hintersten Rängen. Spitzenreiter ist das Bundesland Oberösterreich.
- **Teilen Sie die Annahme, dass Salzburg bei der Stromerzeugung aus Sonne weit hinter seinen Möglichkeiten liegt?**

SPÖ: Ja.

ÖVP: Wir erkennen Verbesserungsbedarf.

FPÖ: Die Sonnenenergie zur Stromerzeugung zu nutzen, muss in Zukunft auf jeden Fall stärker in das Landesenergiekonzept eingebunden werden. Vor allem dort, wo bereits Flächen verbaut sind. Dazu zählen auf jeden Fall Haus- bzw. Firmendächer.

KPÖ+: Ja, diese Einschätzung ist zutreffend.

- **Was gedenken Sie konkret zu unternehmen, damit die Sonne in Salzburg verstärkt zur Stromerzeugung genutzt wird?**

SPÖ: Das geschieht zum Teil schon. 2022 war ein sehr gutes Jahr, was den Ausbau der PV angeht. Österreichweit kamen 1 bis 1,4 GW dazu. Mit Blick auf die Klimaziele müssen wir die Geschwindigkeit jedoch noch deutlich erhöhen. Das Land und die Kommunen müssen als Vorbilder vorgehen und PV installieren. Als SPÖ sprechen wir uns dafür aus, auf öffentlichen und gewerblichen Neubauten eine Photovoltaik-Pflicht einzuführen.

ÖVP: Wir wollen die Solarenergie in Salzburg weiter ausbauen. Dafür haben wir Kriterien festgelegt, welche die Eignung für Solarenergie in ihrer Umsetzung garantiert. Unser primäres Ziel ist dabei, die solare Nutzung der Dächer im Bundesland, aber auch Freiflächenanlagen werden angedacht, allerdings nur dort, wo dies auch möglich ist und damit die Energieerzeugung nicht mit der Landwirtschaftlichen Urproduktion in Konkurrenz tritt. Mit der Bewilligungsfreistellung von PV-Großanlagen im Landeselektrizitätsgesetz einerseits und dem Baurecht andererseits zudem der unbürokratischen Kennzeichnung im Flächenwidmungsplan für PV-Anlagen wurden bereits große verfahrensvereinfachende Schritte gesetzt. Zudem sind Kleinanlagen in allen Widmungskategorien bis 200 m² bewilligungsfrei.

FPÖ: Es gibt genügend Dachflächen und versiegelte Böden in Salzburg. Wir müssen keine Grünflächen mit Solarpaneelen zupflastern. Auch neuen Ideen, wie PV-Anlagen auf Lärmschutzwände zu montieren, darf man sich nicht verschließen. Vor allem im sozialen Wohnbau werden bereits mehrheitlich Dächer zur Energieerzeugung herangezogen, obwohl es hierbei sicherlich ein Steigerungspotential gibt.

KPÖ+: Die Nutzung von Sonnenenergie durch bürgernahe Genossenschaften gehört gefördert. Aktuell scheuen viele aufgrund der bürokratischen Hürden und der Widerstände monopolistischer Netzbetreiber davor zurück, stärker in die genossenschaftliche Stromerzeugung einzusteigen. Hier könnte das Land mit einer eigenen Sonnenenergie-Genossenschaft Abhilfe schaffen, der BürgerInnen beitreten können.

Grüne: Jedes Dach ein Kraftwerk: Die Sonne ist DIE Energiequelle, die im privaten Bereich am einfachsten zu nutzen ist. Durch eine eigene Photovoltaik-Anlage (kurz PV) werden wir zu sogenannten Prosumer*innen. Das heißt: Wir produzieren und konsumieren den Strom gleichzeitig. Die Sonnenenergie wird unmittelbar im Haus

genutzt, ein zusätzlicher Speicher sorgt für eigenen Strom, auch wenn die Sonne nicht scheint. Zum Beispiel deckt eine 15-Quadratmeter-PV-Anlage (das ist die Größe eines PKW-Abstellplatzes) den Strombedarf eines Elektroautos bei rund 10.000 gefahrenen Jahres-Kilometern. Eine PV-Pflicht auf allen Neubauten (Wohnbau und Gewerbe) ist eine selbstverständliche Forderung.

- **Haben sie ein konkretes Ziel innerhalb der nächsten Legislaturperiode?**

SPÖ: Wir wollen die Salzburger Klima- und Energiestrategie so anpassen, dass unser Bundesland bereits im Jahr 2040 und nicht wie aktuell vorgesehen erst 2050 klimaneutral wird. Mit Blick auf den Ausbau der PV-Anlagen muss die jährlich neue dazu kommende Menge mindestens so hoch sein wie jene, die 2022 erreicht wurde.

ÖVP: In der nächsten Legislaturperiode werden wir auf unsere Ziele, die im „Masterplan Klima + Energie 2030“ definiert sind, weiter hinarbeiten.

Diese umfassen:

- Minus 50% Treibhausgase
- 65% Anteil erneuerbarer Energie
- Strom in Salzburg wird zu 100% aus erneuerbaren Energien erzeugt
- Warmwasser in Salzburg wird zu 100% solar aufbereitet.
- Biomasse aus unserer nachhaltigen Forstbewirtschaftung muss auch weiterhin als erneuerbar eingestuft werden.

KPÖ+: Innerhalb der nächsten 5 Jahre sollten mind. 300 GWh zusätzlich erreicht werden.

Grüne: 50.000 Sonnenkraftwerke für Salzburg: Alle landes- und gemeindeeigenen Dachflächen müssen für die Stromerzeugung genutzt oder für Energiegemeinschaften zur Verfügung gestellt werden. Der Landesenergieversorger, die Salzburg AG, muss rasch den Netzanschluss auch größerer Photovoltaik-Anlagen im ländlichen Raum sicherstellen. Der Ausbau der Sonnenkraft hat in den letzten Jahren stark an Fahrt gewonnen. Alleine zwischen den Jahren 2019 und 2022 konnte die Zahl der Anlagen in Salzburg von rund 8.000 auf fast 16.000 gesteigert werden. Die installierte Leistung wurde von knapp 100 GWh auf über 200 GWh mehr als verdoppelt. Und das ist erst der Anfang. Unser Ziel sind 50.000 Sonnenkraftwerke für Salzburg bis zum Jahr 2030.

- **Sind Sie dafür, dass auf jedes geeignete Dach im Land Salzburg eine Photovoltaikanlage bzw. eine Anlage zur solaren Warmwasseraufbereitung gehört?**

SPÖ: Geeignete Dächer wird es viele geben im Bundesland. dort, wo Fachleute eine Installation empfehlen, und nicht wichtige Gründe dagegensprechen, müssen wir dringend Anreize in diese Richtung setzen. Gerade auf bestehenden Dachflächen von Supermärkten, Landwirtschaftsbetrieben oder Hallen bzw. sogar bei den Lärmschutzwänden entlang der Autobahn gibt es großes Potential.

ÖVP: Ja.

KPÖ+: Ja.

Grüne: ja, siehe oben

- **Werden Sie sich für eine rechtliche Regelung einsetzen, die die Nutzung von Photovoltaik beim Neubau öffentlicher Gebäude beziehungsweise, wo möglich, als Nachrüstung beim Altbestand vorschreibt?**

SPÖ: Wie gesagt, ja. Wir sprechen uns daher für verpflichtende Photovoltaikanlagen bei öffentlichen und gewerblichen Neubauten aus. In der Ausgestaltung kann diese Regelung natürlich nur da gelten, wo das technisch auch sinnvoll ist.

ÖVP: Ja, wie beispielsweise beim Vorhaben des Landesdienstleistungszentrums.

KPÖ+: Ja.

Grüne: siehe oben, PV-Pflicht Neubau

3. In Salzburg wird immer noch der allergrößte Teil des Warmwasserbedarfs mit Öl (13 Prozent), Erdgas (9 Prozent) oder Strom (32 Prozent) gedeckt, nur 17 Prozent mit „Sonnenenergie und Umgebungswärme“ (Nutzenergieanalyse des Landes Salzburg 2021^{*}). Dies trotz seit 40 Jahren anwendbarer solider und bewährter Solar-Technologien.
- **Was gedenken Sie konkret zu unternehmen, damit dieser Anteil endlich signifikant steigt?**

SPÖ: Der Ausstieg aus Öl und Gas alternativlos. Wir können die Klimawende nur schaffen, wenn sie sozial gerecht ist. Um den 2035 geplanten Ausstieg zu schaffen, muss die Förderung für einkommensschwache Haushalte beim Tausch des Heizkessels auch über das Jahr 2025 hinausgehend verankert werden.

ÖVP: Siehe Frage 2 -> Ziele Masterplan Klima + Energie 2030

FPÖ: In Österreich liegt die mittlere jährliche Sonneneinstrahlung Schätzungen zufolge bei 1.000 kWh/m², in Salzburg sogar im Durchschnitt bei 1.100 bis 1.200 kWh/m². Die Möglichkeiten, in welcher Form man den Ausbau von Solar-Technologien forcieren kann, sind in Österreich daher vielfältig. Wichtig ist uns jedoch, PV-Anlagen dort zu stationieren, wo keine grüne Wiese verbaut werden muss. Es gibt österreichweit viele nennenswerte Projekte, die die Errichtung und den Betrieb von Solaranlagen vorsehen, ohne weiteren Boden versiegeln zu müssen, sei es die Errichtung von Solarkraftwerken über Teilen der Autobahn (wie schon bereits für die A7 in Linz oder die A1 in Ansfelden, beide OÖ, angedacht wurde) oder eben bei sich selbst zuhause mittels Installation sog. Balkonkraftwerke.

KPÖ+: Neben der Förderung des Öltausches – auch für Mietwohnungen, wo aktuell wenig Anreiz für die Eigentümer besteht, zur Kostensenkung einen Tausch durchzuführen – sollte das Umrüsten bei großen Wohnanlagen vorangetrieben werden. Allein in der Landeshauptstadt gibt es viele Wohnanlagen aus den 1970er und 1980er Jahren, die weit von einem ökologischen Standard entfernt sind. Hier könnte ein Teil der Wohnbaufördermittel, die Jahr für Jahr im allgemeinen Budget der Landesregierung versickern, sinnvoll eingesetzt werden.

- **Haben Sie ein konkretes Ziel innerhalb der nächsten Legislaturperiode?**

SPÖ: In diesem Fall wird es sinnvoll sein, jenes Ziel im Fokus zu haben, das Fachleute als mach- und erreichbar erklären. An diesem Potential müssen wir uns orientieren. In diesem Zusammenhang möchte ich nur kurz ansprechen, dass der Klimaschutz Arbeitskräfte brauchen wird. Um die Ziele beim Öl- und Gasausstieg zu realisieren, müssen österreichweit ab sofort jeden Tag, 7 Tage die Woche 300 Heizsysteme getauscht werden. Dafür braucht es Fachkräfte, die es derzeit nicht gibt. Das heißt: Damit wir die Herausforderungen im Klimabereich schaffen, ist dringend auch eine Personaloffensive notwendig.

ÖVP: Siehe Frage 2 -> Ziele Masterplan Klima + Energie 2030

FPÖ: Bereits in dieser Legislaturperiode haben wir u. a. die Förderung solcher Mini-Solaranlagen, die mit einem Stecker an das Stromnetz von Haus oder Wohnung angeschlossen werden, gefordert. Damit kann der produzierte Strom unmittelbar für den

^{*} Die Zahlen lassen unterschiedliche Interpretationen zu und beinhalten gewisse Unschärfen, aber sie geben das große Bild wieder.

eigenen Bedarf genutzt werden und es ist kein eigenes Dach oder eine entsprechend große Freifläche notwendig. Es sind Ideen wie diese, die zwei oder mehrere Ziele erfolgreich verfolgen: zum einen den Anteil erneuerbarer Energie signifikant zu erhöhen, zum anderen, diese Möglichkeiten zur Stromerzeugung ohne weiterer Verbauung unseres größten Naturschatzes, unserer Landschaft, zu nutzen.

Grüne: Wir verfolgen weiterhin das Ziel des Masterplan Klima + Energie Warmwasser in Salzburg bis 2030 zu 100 Prozent solar aufzubereiten.

4. Im Bereich, der vom Salzburger Altstadterhaltungsgesetz geschützten Teile der Stadt Salzburg, wird die Installation von Solarkollektoren und Photovoltaikanlagen erschwert bis verunmöglicht. Die Beurteilung liegt bei der „Sachverständigenkommission für die Altstadterhaltung“ und ist Landessache. Es gab bislang keinerlei Bemühungen um Lösungen, die dem Altstadtschutz gerecht werden und trotzdem die Nutzung neuer, umweltverträglicher Energien ermöglichen.
- **Werden Sie sich um solche Lösungen bemühen?**

SPÖ: Das ist eine sehr berechtigte Frage. Mein Ansatz ist, dass Denkmalschutz und klimafreundliche Technologien zusammengehen müssen. Überall da, wo beispielsweise keine Photovoltaikanlagen möglich sind, können und müssen wir uns über Möglichkeiten zur Begrünung unterhalten. Damit meine ich sowohl die Dächer als auch die versiegelten Flächen. Gerade bei uns in Salzburg wird es notwendig sein, dass sich die Landesebene dazu unter Einbeziehung aller Beteiligten ein Konzept überlegt.

ÖVP: Voraussetzung für solche Lösungen sind die Vereinbarkeit mit dem Erscheinungsbild der historischen Altstadt, dem Denkmalschutz, der Salzburger Altstadterhaltungsverordnung und dem UNESCO-Weltkulturerbe.

FPÖ: Die Salzburger Freiheitlichen kritisieren seit Jahren den übertrieben restriktiven Umgang mit dem optischen Erscheinungsbild der Salzburger Altstadt. Daher setzen wir uns in Stadt und Land Salzburg sehr wohl für den Erhalt unseres historischen Altstadtbildes ein, sehen aber auch den Ausbau von Solarmodulen auf den Dächern der Stadt Salzburg mehr als positiv. Unserer Meinung nach schadet der Bau von Solarpaneelen auf den städtischen Dächern keinesfalls der touristischen Attraktivität. Ausgenommen in der historischen Altstadt. Denn mit PV-Anlagen auf Mozarts Geburtshaus, der Festung oder den Festspielhäusern würde ein Entzug des Weltkulturerbes einhergehen. Dies wäre für den Tourismus eine Katastrophe. Solange der Montageort für Solarpaneele außerhalb des Weltkulturerbes, also grob vom Schloss Mirabell bis zur Festung und vom Nonnberg-Kloster bis zum Müllner Hügel, mit Augenmaß ausgewählt wird, steht aus freiheitlicher Sicht einer möglichen Energieautarkie nichts im Weg.

KPÖ+: Ja.

Grüne: Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Errichtung erneuerbarer Energieanlagen auch in diesen Bereichen ermöglicht wird. Mittlerweile gibt es innovative Lösungen, die nicht im Widerspruch zum Salzburger Altstadterhaltungsgesetz stehen. Dazu bin ich bereits in konkreten Gesprächen und werde dies im Sinne des Klimaschutzes weiter vorantreiben.

- **Welche konkreten Schritte können Sie sich dafür in der nächsten Legislaturperiode vorstellen?**

SPÖ: Die handelnden Akteure (Landesregierung, Altstadterhaltung, Fachabteilungen des Landes, PV- und Solar-Fachleute) an einen Tisch holen und mögliche Lösungen erarbeiten.

ÖVP: Siehe vorherige Frage.

KPÖ+: So wie eine Weiterentwicklung des Altstadtschutzes im Sinne der Klima-Adaption unausweichlich ist (z.B. Begrünung, Beschattung, Weiterentwicklung bei Baumaterialien und Architektur), ist das auch bei der Förderung erneuerbarer Energie

vernünftig. Die zuletzt medial aufgezeigten Fälle (z.B. in Nonntal), in denen eine sinnvolle Photovoltaik-Nutzung verhindert wurde, zeigen, dass Handlungsbedarf besteht. Solarenergie auch in der Innenstadt zu nutzen ist durchaus vereinbar mit der Rücksichtnahme auf ästhetische und – das sage ich als Historiker – geschichtswahrende Ansprüche. Die heutige Innenstadt ist auch das Ergebnis zahlreicher Veränderungen.

5. Die wissenschaftlich-technische Entwicklung im Bereich der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien schreitet stürmisch voran. So wurde – nur als ein Beispiel – in Salzburg erfolgreich im Kostenrahmen des sozialen Wohnbaus in der Friedrich-Inhauser-Straße die Rückgewinnung von Wärme aus Abwasser und Abluft realisiert. Mit dem sensationellen Ergebnis, das damit 75 Prozent der für Warmwasser und Heizung benötigten Energie für eine Siedlung mit 99 Wohnungen gewonnen werden können.
- **Wie stellen Sie im Land Salzburg ein ständiges, aufmerksames Monitoring über anwendbare technisch-wissenschaftliche Neuerungen im Bereich Energieeffizienz und erneuerbarer Energien sicher?**

SPÖ: Projekte wie jene in der Inhauser-Straße sind wichtige Triebfedern für neue Wege und Lösungen. Wir brauchen solche Projekte mit unterschiedlichen Partnern und Know-How. Denn wir werden viele unterschiedliche Ansätze brauchen, um die Energieeffizienz-Ziele zu erreichen und die Herausforderungen im Umgang mit der Klimazerstörung in den Griff zu bekommen. Die bestehenden Einheiten wie SIR, Fachabteilungen des Landes, Bildungseinrichtungen wie die FH und die Universität müssen ihr Wissen dazu bestmöglich vernetzen.

ÖVP: Durch die Experten des Amtes der Salzburger Landesregierung bzw. jene der gemeinnützigen Wohnbauträger.

FPÖ: Sowohl national als auch international gebrachte Vorschläge zur Realisierung von Projekten, die der Energiewende dienen, sind bei uns dauernd am Schirm. Wir brachten in den vergangenen Jahren dazu mehrere Forderungen, in medialer Hinsicht bzw. auf parlamentarischer Ebene, auf. Bedauerlicherweise reagieren die derzeit Regierenden kaum bis gar nicht auf innovative Vorschläge unsererseits. Denn viele Projekte dienen ebenso der nachhaltigen Nutzung bereits bestehend bebauter Flächen, ohne neue dafür Grünflächen zu verbrauchen.

KPÖ+: Es braucht ein Monitoring bei sämtlichen Neubauprojekten, Aufstockungen wie im Fall der Friedrich-Inhauser-Straße und grundlegenden Sanierungen. Das betrifft sowohl geförderte, als auch rein privatwirtschaftliche Wohnbauvorhaben. Durch eine enge Verschränkung mit den kommunalen Baubehörden und Planungsabteilungen, sowie in Verschränkung mit privatrechtlichen Raumordnungsverträgen ist das mit etwas guten Willen problemlos möglich.

- **Haben Sie Ideen dafür, wie das Land die Umsetzung, das Ausrollen von neuen Erkenntnissen aus Pilotprojekten und Forschungen in die Praxis beschleunigen kann?**

SPÖ: Dazu müssen die zuständigen Stellen im Landesdienst personell und finanziell entsprechend ausgestattet werden. Man sollte auch über den Tellerrand in andere Regionen (im In- und Ausland) schauen, um von bereits gewonnenen Erkenntnissen zu profitieren.

ÖVP: Dafür haben wir konkrete Vorschläge hinsichtlich Verfahrensbeschleunigungen und Entbürokratisierung für die Realisierung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie erarbeitet.

KPÖ+: Es braucht ambitionierte Zielvorgaben für sämtliche Wohnbauvorhaben. Bauträger sollten auch verpflichtet werden, die Klimabilanz einer Sanierung dem Abriss und Neubau (z.B. im Fall der Südtiroler Siedlung in Liefering) gegenüberzustellen.

Grüne: Definitiv! Um die Klima- und Energieziele zu erreichen, müssen wir nicht nur den Ausstieg aus der fossilen Stromgewinnung vollziehen, sondern auch sorgsamer mit unseren Ressourcen bzw. unserer Energie umgehen. Die Wohnbaugenossenschaften spielen hier eine wichtige Rolle. Über die Zuschlagspunkte in der Wohnbauförderung haben wir bereits entsprechende Anreize für innovatives Energiesparen gesetzt. Wir wollen die Anstrengungen in diesem Bereich weiter intensivieren.

- **Sind Sie dafür, dass die Wärmerückgewinnung aus Abwasser und Abluft verbindlich in der Wohnbauförderung verankert wird? Falls ja, mit welchem Zeithorizont?**

SPÖ: Durch die Wohnbauförderung soll bezahlbarer, guter Wohnraum entstehen. Die technischen Vorgaben sind schon jetzt zum Teil hoch und daher teuer. Man sollte daher sehr gut abwägen, wie sinnvoll es ist, neue, verbindliche technische Notwendigkeiten in die Wohnbauförderung aufzunehmen.

ÖVP: Im Zuge der erforderlichen Neuordnung der Wohnbauförderung ist ein diesbezügliches Anreizsystem vorstellbar.

FPÖ: In der derzeitigen Wohnbauförderung wird der Wärmerückgewinnung und Abwärmenutzung besondere Bedeutung beigemessen. Wie die konkrete Ausgestaltung dazu in Zukunft aussehen soll, ist davon abhängig, inwiefern dadurch eine positive Ökobilanz erreicht werden kann. Betrachtet man die bisher realisierten Projekte zur Wärmerückgewinnung in Mehrparteihäusern stehen wir einer solchen Verbindlichkeit in der Wohnbauförderung in den kommenden Jahren positiv gegenüber, wenn auch mit dem Hinweis etwaiger Nachteile, die der Betrieb einer solchen Anlage mit sich bringen kann.

KPÖ+: Ja, unmittelbar mit der ersten Novelle in der neuen Periode.

6. Im Zuge der aktuellen Energiekrise und Energieverteuerung ist die Nachfrage nach unabhängiger Beratung in Energiefragen stark gestiegen.
- **Halten sie die Kapazitäten des Landes für unabhängige Energieberatung über das „Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen“ (SIR) und den vom Land unterstützten „Umwelt Service Salzburg“ (USS) für ausreichend?**

SPÖ: Die Nachfrage nach Energieberatung des Landes Salzburg ist im vergangenen Jahr sehr stark gestiegen. Das Aufstocken der Posten ist bereits in Gang und muss, je nach Nachfrage, auch weiter erhöht werden.

ÖVP: Das diesbezügliche Angebot wird laufend ausgebaut.

FPÖ: Siehe Frage 7.

KPÖ+: Allein die langen Wartezeiten führen vor Augen, dass die Energieberatung zusätzliche Ressourcen benötigt.

Grüne: Als ressortzuständiges Regierungsmitglied freut es mich, dass wir die Zahl der unabhängigen Energieberatungen zwischen 2017 und 2022 verdoppelung konnten. Mit über 5.600 Beratungen hatten wir vergangenes Jahr einen absoluten Rekord. Heuer stehen dafür 400.000 Euro mehr vom Land zur Verfügung, mit der Salzburg AG als Partner beträgt das Budget nun zwei Millionen Euro. 2022 haben 13 neue Berater*innen den Dienst angetreten, mittlerweile ist das Team der Energieberatung auf 50 Personen angewachsen. Für die Zukunft stellen wir daher die gesamte Energieberatung auf neue Beine und bauen damit die Kapazität auf bis zu 12.000 Anfragen pro Jahr aus.

- **Wenn nein, für welche Ausbaumaßnahmen werden Sie sich konkret einsetzen?**

SPÖ: Sollte nach Gesprächen mit und einer Evaluierung der Beratungsleistungen des SIR und des USS festgestellt werden, dass es Verbesserungen braucht, damit beide Einrichtungen zufriedenstellende Beratungen anbieten können, müssen diese Verbesserungen angegangen werden.

ÖVP: Siehe oben.

KPÖ+: Ein Ausbau der Beratung ist zu einem geringen Teil durch einen Abbau bürokratischer Hürden und vor allem durch die Schaffung zusätzlicher personeller Kapazitäten zu erreichen. Die professionelle Beratung spart an anderer Stelle Energie und Geld, so dass es sich um eine höchst sinnvolle Investition handelt.

7. Mit [Energie-Gemeinschaften](#), BürgerInnen Energie-Gemeinschaften (BEG) und Erneuerbaren Energie-Gemeinschaften (EEG) haben BürgerInnen, Nachbarschaften, Unternehmen, Vereine oder Kommunen die Chance, zu Energieproduzenten und -Händlern zu werden. Dies kann zu einem mächtigen Hebel für eine nachhaltige Energiewende werden. Allerdings sind diese Schritte auch mit erheblichem rechtlichem und praktischem Aufwand verbunden, der häufig eine Bremse darstellt.
- **Halten Sie die bestehenden Beratungsleistungen seitens des Landes über das „Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen“ (SIR) für Energiegemeinschaften für ausreichend?**

ÖVP: Das Beratungsangebot könnte mit steigender Nachfrage ausgebaut werden.

KPÖ+: Nein, die Beratungsleistungen sind noch nicht ausreichend.

Grüne: Erneuerbare Energiegemeinschaften und Bürger-Energiegemeinschaften sind wesentliche Bausteine der zukünftigen regionalen Energieversorgung. Selbstverwaltete Energieerzeugungsanlagen sorgen für langfristig niedrige und stabile Preise. Der Landesenergieversorger muss als Netzdienstleister für die Abrechnung ein in diesem Punkt nicht auf Gewinn ausgerichteter Partner sein. Das Beratungsangebot des SIR wollen wir dazu weiter ausbauen.

- **Wenn nein, wie kann das Land Salzburg allen, die an Energie-Gemeinschaften interessiert sind, helfend und motivierend zur Hand gehen?**

SPÖ: Zusammenschlüsse von „kleinen“ Produzenten und Konsumenten (Prosumenten) von erneuerbarer Energie sind zu unterstützen. Neben dem SIR bietet das zum Beispiel auch die Ökostrombörse an. Gerade im städtischen Bereich mit vielen (Miet-)Wohnungen und daher gemeinsam genutzten Immobilien, Dächern, usw. sind Energie-Gemeinschaften eine wertvolle Ergänzung. Neben der Beratung und Unterstützung auf technischer Ebene, ist eine solche auch auf juristischer Ebene nötig. Insgesamt müssen Kommunen, Länder und Bund daran interessiert sein, Barrieren abzubauen.

FPÖ: Das Stichwort lautet Entbürokratisierung. Zwar leisten das SIR und die zuständige Abteilung gute Arbeit, aber auch hier besteht viel Luft nach oben. Alleine die Anspruchsvoraussetzungen zu erfüllen, um Förderleistungen zu erlangen, schreckt viele Menschen ab. Es braucht eine Kooperation zwischen den Behörden und Fachleuten, die ob ihrer Erfahrung unabdingbar sind. Die Einbindung der ausführenden Techniker in den Prozess muss gesteigert werden. Denn das sind die wirklichen Fachleute, die ein Projekt als umsetzungsfähig bewerten. Oder auch nicht. Hier muss sicherlich nachgebessert werden.

KPÖ+: Die Landesregierung könnte, nach dem Vorbild der belgischen Stadt Eeklo, eine landesweite Genossenschaft für Wind- und Solarenergie aufbauen, als Alternative zur gewinnorientierten Aktiengesellschaft Salzburg AG. Diese Genossenschaft hätte eine stärkere Verhandlungsposition gegenüber Behörden und Netzbereitstellern. Sie würde vielen Interessierten auch bürokratischen Aufwand ersparen. Über diese Genossenschaft könnte das Land auch dezentralen Energie-Gemeinschaften unter die Arme greifen.

8. Der Versorgungsauftrag der unter anderen im Landesbesitz stehenden Salzburg AG ist im Energiebereich im Wesentlichen immer noch die Bereitstellung von ausreichend Strom, Gas und Wärme.
- **Sehen Sie die Notwendigkeit und die Möglichkeit, den Auftrag der Energieversorger dahingehend zu erweitern, dass Energie-Einsparung und Energie-Effizienz nicht mehr nur eine zusätzliche Beratungsleistung der Energieversorger sind, sondern auch ein Geschäftsfeld werden?**

KPÖ+: Ja, definitiv.

- **Wenn ja, wie könnte das funktionieren? Haben Sie Überlegungen dazu?**

SPÖ: Wenn wir unsere Klimaziele im Bund und im Land erreichen und den Einsatz fossiler Energieträger überwinden wollen, dann kommen wir neben dem Ausbau der erneuerbaren Energiequellen an einem sparsameren Umgang mit Energie (Strom, Wärme, Treibstoffe) nicht herum. Die Salzburg AG verdient mit dem Verkauf von Strom und Gas viel Geld und hat meines Erachtens als öffentliches Unternehmen auch den sozialen bzw. gesellschaftlichen Auftrag, Unterstützung bei der Energie-Einsparung zu gewähren. Ich kann mir aber vorstellen, dass die Beratungsleistungen ausgebaut werden, bis hin zu einem eigenen Geschäftsfeld. Das Gute am Energiesparen ist, dass der Lebenswandel nicht immer drastisch geändert werden. Sehr oft reicht es schon aus, den Tagesablauf durchzugehen und Schritte zu hinterfragen.

ÖVP: Die Zusammenarbeit zwischen dem Salzburger Landesenergieversorger und der Energieberatung Salzburg ist bereits etabliert und soll nach Möglichkeiten verbessert werden.

FPÖ: Dass das bisher in Salzburg bestehende Angebot ausgebaut werden muss, ist klar. Dazu bedarf es, wie schon bei Frage 7. angeführt, einer intensiveren Einbindung von Fachleuten. Der Privatkunde jedoch darf nicht mit zusätzlichen Kosten, die eine solche Dienstleistung mit sich bringt, belastet werden. Das bisherige Angebot der Salzburg AG mit der kostenlosen Energieberatung erscheint hinsichtlich der aktuellen Teuerungswelle, die auf die Salzburger zukommt, als Dienstleistung ausreichend. Es sollte vielmehr die Forcierung des Ausbaus erneuerbarer Energien sowie deren energieeffiziente Nutzung, z. B.: im Wohnbau, Vorrang vor der Erschließung neuer Geschäftsfelder, wie Beratungen zu Energie-Einsparung bzw. -Effizienz, sein. Das Beispiel aus Oberösterreich, das Tochterunternehmen der Energie AG Oberösterreich, zeigt dennoch, wie eine solche gewerbliche Energieberatung für KMU aussehen könnte.

KPÖ+: Noch nicht, zu prüfen ist auch, ob es im Rahmen der profitorientierten Logik der Salzburg AG zielführend ist oder mit einem Gemeinnützigkeits-Auftrag besser erreicht werden kann.

Grüne: Wir sehen Energieeffizienz und Energieeinsparung als wichtige Aufgabe von Energieversorgern an. Allerdings muss das nicht in Form eines neuen Geschäftsfeldes sein. Im Rahmen des so genannten „Green Deal“ der EU wurde auch das nationale Energieeffizienz-Ziel für 2030 stark angehoben. Die Energieversorger müssen hier in die Pflicht genommen werden.

Umweltschutz im Land Salzburg

9. Die politisch weisungsfreie und unabhängige Landesumweltanwaltschaft (LUA) ist eine wichtige Institution, welche die Interessen von Natur und Umwelt vertritt.
 - **Wie stehen Sie zur Notwendigkeit der LUA, ihrer Ausrichtung und ihren Kompetenzen?**

SPÖ: Die LUA und ihre Mitarbeiter:innen leisten wichtige Arbeit im Natur- und Umweltschutz. Die Grundlage dieser Arbeit sind die rechtlichen Rahmenbedingungen, die die Politik der LUA einräumt – vorwiegend das Naturschutzgesetz. Die Forderung nach einer Abschaffung der LUA, wie sie von der FPÖ und bedeutenden Teile der ÖVP immer wieder geäußert werden, lehnen wir ab. Allerdings wird die LUA ihre Arbeit und Zusammenarbeit mit Gemeinden, Vereinen, Privaten, usw. besser erklären und dafür werben müssen. Beteiligte verstehen die Entscheidungen der LUA in Verfahren nicht in dem Ausmaß, wie sie sollten.

ÖVP: Die Salzburger Volkspartei bekennt sich zur Institution der Landesumweltanwaltschaft (LUA) als wichtige Einrichtung zur Wahrung des Natur- und Artenschutzes und wir wollen sie auch im Gegensatz zu anderen auch nicht abschaffen. Wir erkennen aber die Notwendigkeit, den Zuständigkeitsbereich und die Verfahrensabläufe für eine bald 40 Jahre alte Einrichtung zu reformieren, schließlich haben sich dem Gründungsjahr 1985 Judikatur und Gesetze, vor allem auf EU-Ebene, massiv zugunsten des Natur- und Umweltschutzes entwickelt. Gerade im Hinblick auf den Ausbau der erneuerbaren Energie müssen wir in Salzburg daher in diesem Bereich deutliche Verfahrensbeschleunigungen und die Beseitigung von Doppelgleisigkeiten herbeiführen.

FPÖ: Neben Aufgaben, wie zum Beispiel die Vermittlung in Konfliktfällen bei Umweltschutzfragen, die Beratung der Bevölkerung in Umweltfragen oder die Unterstützung unserer Gemeinden bei Umweltschutzthemen, die der LUA zukommen, ist sie eine weisungsfreie Behörde, unabhängig und hat in Verwaltungsverfahren Parteistellung. Was 1985 sicherlich noch notwendig war, als Vermittler zwischen Naturschutz, Wirtschaftsinteressen und privaten Projekten aufzutreten, ist heute längst obsolet. Die LUA hat sich zum Blockadeinstrument der Grünen entwickelt und tut Salzburg nicht gut.

So zeichnet die LUA verantwortlich für die Verhinderung von Projekten, wie die von Kindern und Jugendlichen genutzte BMX-Strecke in der Josefiaw. Auch die Verzögerung und damit verursachten Millionen an Mehrkosten betreffend das neue Eingangsgebäude im Salzburger Freilichtmuseum gehen auf das Konto der LUA. Ein unserer Ansicht nach besonders bizarres aktuelles Beispiel betrifft auch die Ski-WM in Saalbach-Hinterglemm und einen dort ansässigen Schmetterling, der es der LUA neben Grubenlaufkäufer und Co. offenbar angetan hat.

In vielerlei Hinsicht ist die Parteistellung, die der LUA gewährt wird, mittlerweile ein Verhinderungsmechanismus vieler Projekte. Die LUA handelt nicht mehr in dem Sinn, in dem sie gegründet wurde. Eine solche Entwicklung, die nicht mehr im Sinne dieses Hauses ist, muss schleunigst geändert werden. Und betrachtet man dies im Hinblick auf die Umsetzung der Aarhus-Konvention, womit die Rechte von Vereinen, NGO und Privaten in Naturschutzverfahren ohnehin deutlich gestärkt worden sind, erscheint eine

Parteistellung der Salzburger Landesumweltanwaltschaft inzwischen nicht mehr notwendig.

KPÖ+: Wenn Unternehmen teure Lobbyisten und hochkarätige Anwälte anheuern können, braucht es auch eine starke Stimme für die Umwelt. Die Landesumweltanwaltschaft erfüllt diese Aufgabe. Eine Beschneidung ihrer Kompetenzen lehnen wir als KPÖ PLUS ab.

Grüne: Salzburg braucht eine starke, weisungsfreie Anwaltschaft für die Interessen von Natur und Umwelt. Im Gegenteil: nur mit mehr Ressourcen und mehr Personal können die Verfahren der LUA beschleunigt werden. Während millionenschwere Lobbies von Industrie und Wirtschaft anscheinend eine Selbstverständlichkeit sind, ist es für uns indiskutabel, die Rechte der Landesumweltanwaltschaft einzuschränken.

Strahlenschutz im Land Salzburg

10. Mit dem Krieg in der Ukraine sind Atomanlagen unmittelbar in den Bereich kriegerischer Ereignisse gekommen. Dies hat zu gefährlichen Situationen und an den Rand nuklearer Katastrophen geführt.
- **Halten sie den Strahlen- und Katastrophenschutz in Salzburg für ausreichend?**
 - **Wenn nein, wo sehen Sie Verbesserungsbedarf?**

SPÖ: Soweit ich das derzeit beurteilen kann, ja.

ÖVP: Ja. Der Strahlen- und Katastrophenschutz in Salzburg ist sehr gut aufgestellt. In der zuständigen Abteilung sind dafür auch entsprechende Experten angesiedelt. Die Grundlagen für den Strahlenschutz werden laufend evaluiert und an neue Gegebenheiten angepasst.

Der Katastrophenschutz nimmt in Salzburg seit jeher einen besonderen Stellenwert ein bei dem sämtliche (Hilfs-)Organisationen miteingebunden werden. Sei es von Seiten des Landes Salzburg, den Blaulichtorganisationen oder dem Bundesheer. Man denke hierbei an die sich mehrenden Hochwasserkatastrophen der vergangenen Jahre, die ohne die hervorragende Zusammenarbeit aller Organisationen wohl kaum zu bewältigen gewesen wäre.

Hinsichtlich des Kriegs in der Ukraine und den Bedrohungen, die davon ausgehen, wurden alle Salzburger Haushalte bereits Ende des vergangenen Jahres auf mögliche Katastrophen- bzw. Krisensituationen mittels Informationsbroschüre bzw. Folder des Landes informiert. Neben dem Schutz vor atomarer Strahlung wird im Folder auch beschrieben wie die Bevorratung mit Lebensmittel für zwei Personen für eine Woche aussehen sollte. Ebenfalls erhält er Informationen zur Selbsthilfe bei einem Strom-Blackout sowie über die Bedeutung der wichtigsten Sirenen-Signale und die Notrufnummern der Einsatzorganisationen.

FPÖ: Die Umfassende Landesverteidigung (ULV) ist seit 1975 Teil der Bundesverfassung. Jene ULV umfasst, neben der militärischen, der geistigen und der wirtschaftlichen Landesverteidigung, auch den Zivilschutz. Trotz der aktuellen Gefahren rund um den Konflikt in der Ukraine, sehen wir die ULV weiterhin durch unsere Landes- und Bundesregierung vernachlässigt. Aus unserer Sicht erfüllt weder der Bereich der Landesverteidigung noch der Zivilschutz den verfassungskonformen Zustand. Bis zum heutigen Tag ist keine Eigenständigkeit der Blaulichtorganisationen in Salzburg gegeben. Momentan können, trotz kolportierter bundespolitischer Blackout-Krisenvorsorge, weder eine anhaltende Versorgung von Lebensmitteln noch von Strom oder von Treibstoff bei Polizei, Militär oder Rettung gewährleistet werden. Ein entsprechendes Leuchtturmprojekt, der autarken Schutzinseln in ausgewählten Kasernen, wurde unter Verteidigungsminister a. D. Mario Kunasek eingeleitet, jedoch durch dessen Nachfolger nicht mehr weiterverfolgt.

KPÖ+: Zu prüfen wäre, ob das Bewusstsein in der Bevölkerung für das Risiko von Atomgefahren (noch) ausreichend verankert ist und welcher Anteil der Bevölkerung die 5 a des Strahlenschutzes kennen. Mehr Bewusstseinsbildung wäre wünschenswert und könnte z.B. in Zusammenhang mit einem Jahrestag gefördert werden.

Grüne: Der Strahlenschutzplan befindet sich derzeit in Überarbeitung, hier muss schneller gearbeitet werden, um für einen möglichen Ernstfall gerüstet zu sein.

11. Das Radiologische Messlabor des Landes Salzburg (RMLS) ist eine Kooperation zwischen dem Land Salzburg und der Universität Salzburg, die als Folge der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 unter Landeshauptmann Wilfried Haslauer sen. eingerichtet wurde. Das RMLS wird an der Universität vom Fachbereich für Materialforschung und Physik betrieben, wo es im laufenden Betrieb dem Land Salzburg für Routinemessungen ständig zur Verfügung steht. Für den Fall einer Gefährdung durch ionisierende Strahlung ist es in den Salzburger Strahlenalarmplan eingebunden - für Strahlenmessungen, Lagebeurteilung und Bereitstellung von strahlenschutztechnischer Expertise zur Bewältigung von radiologischen Katastrophenfällen. Durch die Einbindung in den Lehr- und Forschungsbetrieb leistet das RMLS im Routinebetrieb wertvolle Dienste für Forschung und Wissenschaft. Der Fortbestand des RMLS ist bereits seit eineinhalb Jahren (seit der Pensionierung und Nichtnachbesetzung des damaligen Leiters) nicht gesichert.

- **Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um diese wichtige Einrichtung für Zivilschutz, Forschung und Wissenschaft nachhaltig zu sichern?**

SPÖ: Für mich ist der Fortbestand des RMLS unbestritten und wichtig. Der Krieg in der Ukraine erhöht die Gefahren atomarer Katastrophen. Das Land Salzburg hat viel Geld in die Ausrüstung des RMLS investiert. Die Nachbesetzung der wissenschaftlichen Leitungsposition des RMLS liegt in der Verantwortung der Universität. Die (künftige) Landesregierung und der Landtag sollte das entsprechend klar artikulieren.

ÖVP: Auch zukünftig wird das Land Salzburg das Radiologische Messlabor adäquat unterstützen, um eine dezentrale Möglichkeit zur Strahlenmessung sicherzustellen. Hinsichtlich einer Verbesserung der personellen Situation ist vor allem auch die Universität Salzburg gefordert. Das Land Salzburg wird diesbezüglich mit der Universität Salzburg Gespräche führen und versuchen, eine positive Lösung für das Radiologische Messlabor zu erreichen.

FPÖ: Obwohl die Umfassende Landesverteidigung ein Bundesthema ist, unterstützen wir sehr wohl den Erhalt dieser Einrichtung als immanenten Bestandteil des Salzburger Zivilschutzes. Der Einsatz für den Erhalt dieser Einrichtung entspricht daher auch unserem politischen Bestreben, für die Sicherheit der Salzburger sorgen zu wollen. Aus dem momentanen Blickwinkel der Opposition denken wir, dazu eine entsprechende Anfrage an den Salzburger Landtag zu stellen und den aktuellen Stand des RMLS zu erfragen.

Falls uns die Antwort mit den etwaigen Plänen zum Fortbestand des RMLS nicht entsprechen sollten, gedenken wir das Thema medial zu veröffentlichen und einen entsprechenden Antrag im Landtag einzubringen.

KPÖ+: Von Seiten des Landes ist die personelle Kontinuität und die Weiterführung der Arbeit sicherzustellen.

Grüne: Das Radiologische Messlabor des Landes Salzburg ist wichtig und muss erhalten bleiben.

Atomenergie

12. Der Anteil der Atomenergie an der globalen Energiegewinnung sinkt beständig. Trotzdem ist die Atomwirtschaft noch immer ein mächtiger globaler, milliardenschwerer Player. Im Gefolge der Energie- und Klimakrise versucht die Atomwirtschaft wieder verstärkt und teilweise mit Erfolg, sich als Alternative zu präsentieren. Die EU-Kommission hat etwa mit knapper Zustimmung des Europäischen Parlaments Kernkraft und Erdgas als nachhaltige Übergangstechnologien in die EU-Taxonomie (europaweites Gütesiegel für Finanzprodukte mit dem Anspruch, wirtschaftliche Aktivitäten gemäß ökologischer Standards zu klassifizieren, damit Investitionen in „grüne“ Wirtschaftsbereiche fließen) aufgenommen.
- **Soll das Land Salzburg explizit, laut und vernehmlich, die Klage der Republik Österreich gegen die Aufnahme von Kernkraft und Erdgas in die EU-Taxonomie unterstützen?**

SPÖ: Ja.

ÖVP: Ja.

KPÖ+: Ja, einem solchen Etiketten-Schwindel sollte man nicht tatenlos zuschauen.

Grüne: Wir GRÜNE haben uns von Anfang an mit aller Kraft dagegen eingesetzt, dass Atomkraft nicht als „grün“ klassifiziert wird.

- **Werden Sie sich im Rahmen einer regionalen Außenpolitik in Brüssel und Europa gegen eine atomar-fossile Renaissance einsetzen?**

SPÖ: Ja.

ÖVP: Ja.

KPÖ+: Ja.

- **Wenn ja, wie?**

SPÖ: Möglich ist das über unsere Vertretungen in Brüssel, über die EU-Parlamentarier aus Salzburg, den Ausschuss der Regionen oder über den Präsidenten / die Präsidentin des Salzburger Landtags.

ÖVP: Diesbezüglich darf der Beschlusstext eines im Hohen Haus am 23. März 2022 einstimmig angenommenen Antrags zitiert werden, welcher von den drei Regierungsparteien gemeinsam eingebracht wurde:

„...1. die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung darin zu unterstützen, auf EU-Ebene weiterhin geschlossen gegen das „Greenwashing“ von Atomstrom aufzutreten und alle Mittel auszuschöpfen, um die Auflistung von Nuklearenergie in der EU-Taxonomie zu verhindern.

2. Die Präsidentin des Salzburger Landtags wird aufgefordert, den Beschluss des Salzburger Landtags den österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament und dem österreichischen EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn zur Kenntnis zu bringen und zur Berücksichtigung zu übermitteln.“

Dies ist hinsichtlich einer expliziten, lauten und vernehmlichen Unterstützung wohl eindeutig.

Ergänzend hiezu darf noch angemerkt werden, dass sich Landtagspräsidentin Dr. Brigitta Pallauf als stellvertretendes Mitglied Salzburgs im Ausschuss der Regionen auch dort aktiv gegen das Greenwashing von Atomstrom eingesetzt hat. Zum Klimagesetz hast sie in der Fachkommissionssitzung ENVE am 8. Juni 2020 folgenden Abänderungsantrag eingebracht:

Der Ausschuss der Regionen spricht sich gegen die Darstellung im Verordnungsentwurf zum Europäischen Klimagesetz aus, wonach Atomenergie eine für die Dekarbonisierung erforderliche Technologie sei. Der Weg zur Erreichung der Klimaziele muss durch erneuerbare Energien beschritten werden.

Begründung:

Atomenergie als eine für die Dekarbonisierung erforderliche Technologie darzustellen und das Eintreten für die Abtrennung und Speicherung von CO₂ im Verordnungsentwurf zum Europäischen Klimagesetz steht im Widerspruch zum atomund CCS-kritischen Kurs Österreichs und verletzt das Subsidiaritätsprinzip gemäß Artikel 5 Absatz 3 EUV. Der Weg zur Erreichung der Klimaziele darf keinesfalls durch die verstärkte Nutzung von Atomkraft erfolgen. Bedenken zur Rolle der Atomenergie im geplanten Klimagesetz wurden in einer Stellungnahme des Oberösterreichischen Landtages bereits nach der Veröffentlichung des Verordnungsentwurfes herausgestellt und diese atomkritische Haltung vom Österreichischen Bundesrat am 6.5.2020 untermauert.

Weitere Infos in der Landeskorrespondenz vom 9. Juni 2020

<https://service.salzburg.gv.at/lkorri/detail?nachrid=63546>

FPÖ: Der milliardenschwere Ausbau von Atomkraftwerken steht im Widerspruch zu unserem Verständnis ökologischer und budgetärer Nachhaltigkeit. Anti-Atom-Politik soll mehr sein als bloßes „dagegen Auftreten“. Der Kampf gegen die Nutzung von Atomkraft muss gesamtheitlich gedacht und darf nicht mit nachhaltiger Energiegewinnung gleichgesetzt werden.

Atomkraft als Teil der Lösung des globalen Klimawandels zu sehen ist unrealistisch.

Eine der wichtigsten Maßnahmen gegen die Verwendung von Kernenergie ist der Ausbau erneuerbarer und nachhaltiger Energieformen. Jede einzelne PV-Anlage oder die Nutzung von Wasserkraft ist ein Schritt raus aus der Abhängigkeit von atomaren und fossilen Stromimporten und hin zu mehr Unabhängigkeit in der Energieversorgung. Als Perspektive soll die Auflösung des EURATOM-Vertrages und die Gründung einer europäischen Energieforschungsagentur in Betracht gezogen werden. Damit würde das Steuergeld der EU-Bürger schwerpunktmäßig in erneuerbare Energieformen gelenkt, statt weiter neuen Atommüll zu produzieren. Nur mit dem entsprechenden Fortschritt im Bereich erneuerbarer Energie können wir die Energiezukunft Europas sichern.

Die Salzburger Freiheitlichen haben daher auch einen Antrag im Landtag eingebracht, die Bundesregierung bei ihren Bestrebungen im Kampf gegen die Aufnahme von Atomenergie in die Taxonomie-Verordnung bestmöglich zu unterstützen und insbesondere soll darauf hingewirkt werden, dass die Nutzung von Atomkraft nicht unter die Taxonomie-Verordnung fällt. Ebenso fordern wir in diesem Antrag, dass der Austritt Österreichs und eine umfassende Reform des EURATOM-Vertrages geprüft werden und die Forschungsmittel für Endlagerung und Rückbau sowie verstärkt für erneuerbare Energien eingesetzt werden und der Fokus verstärkt auf den Ausbau erneuerbarer Energiegewinnungsarten gelegt wird.

KPÖ+: Durch Bewusstseinsbildung und strategische Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regionen, die von den negativen Folgen der nuklear-fossilen Wirtschaftspolitik betroffen sind. Die zahlreich vorhandenen, überzeugenden alternativen Formen der Energieeinsparung und -gewinnung gehören sichtbar gemacht.

13. Salzburg ist Mitglied in der „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“. Gründungsmitglieder waren mehrere deutsche Bundesländer, die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens und das Bundesland Oberösterreich. Seit ihrer Gründung 2016 setzen sich die Mitglieder der Allianz für eine „[europäische Energiewende ohne Atomkraft](#)“ basierend auf Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien ein. Auf regionaler Ebene soll den Tendenzen in der Europäischen Union zur weiteren Förderung der Atomenergie entgegengewirkt und der Atomausstieg in Europa vorangetrieben werden.
- **Welche Rolle nimmt das Land Salzburg in dieser Allianz ein?**

SPÖ: Offensichtlich keine allzu bedeutende. Denn öffentlich nimmt man eine Rolle Salzburgs in dieser Allianz nicht wahr. Seit dem einstimmigen Beschluss des Landtags im April 2017 wurde es schnell wieder ganz leise. Im Gegensatz zum oberösterreichischen Umwelt- und Klimareferenten der Landesregierung, hört und sieht man vom Salzburger Pendant in der Landesregierung nichts.

ÖVP: Salzburg ist Mitglied in der Allianz und wird von einem Mitarbeiter aus der Umweltabteilung vertreten. Jede Korrespondenz der Allianz der Regionen geht auch an das Umweltressort. Die Aktivitäten der Allianz werden auf politischer Ebene akkordiert und beschlossen. Als Verwaltungseinheit gibt es keine Aufgaben, außer es gibt finanzielle Verpflichtungen, die dann aus dem Budget bezahlt werden müssen.

Bis dato war die Rolle Salzburgs keine aktive, aber die Aktivitäten der Allianz wurden immer positiv gesehen und mitgetragen.

FPÖ: Das Land Salzburg wird vertreten durch den Landeshauptmann. Bis jetzt ist sein Engagement in der Allianz überschaubar bzw. nicht vorhanden. Daher ist für die Freiheitlichen eine Rolle Salzburgs in der Allianz nicht erkennbar. In Zukunft sollte vor allem auf europäischer Ebene für ein atomfreies Europa gekämpft werden. Denn die meisten Entscheidungen solcher Tragweite werden in Brüssel bestimmt. Daher achten die freiheitlichen Mitglieder des Europäischen Parlaments mit Argusaugen vor allem über das Abstimmungsverhalten der ÖVP, da in unzähligen Fällen deren Mitglieder im fernen Brüssel anders abstimmen, als sie uns in Österreich versuchen weiszumachen.

KPÖ+: Der Beitrittsbeschluss von 2017 war ein erster Schritt, Salzburg könnte aber innerhalb des Zusammenschlusses eine aktivere Rolle einnehmen, die auch nach außen hin stärker kommuniziert wird. In letzter Zeit ist es in der Öffentlichkeit ruhig geworden um Salzburgs Engagement im Bündnis.

Grüne: Nachhaltigkeit bedeutet so zu wirtschaften, dass zukünftige Generationen gesichert leben können und diesen kein Schaden zugefügt wird. Nach dieser Definition ist die Atomkraft keine nachhaltige Energieform.

Effiziente Energienutzung sowie der gleichzeitige Umstieg auf erneuerbare Energie ist auch in Zukunft der einzige Weg, um eine sichere, leistbare und umweltverträgliche Energieversorgung sicherzustellen.

Die Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg wurde gegründet, um sich gemeinsam für eine europäische Energiewende ohne Atomkraft, die auf Energieeffizienz und Erneuerbare Energien baut, einzusetzen. Dazu bekennt sich auch das Land Salzburg, welches sich ebenso – gemeinsam mit den anderen Allianzmitgliedern - gegen eine Klassifizierung der Atomkraft als nachhaltig im Rahmen der EU-Taxonomie-VO gegenüber der Europäischen Kommission ausgesprochen hat.

- **Welchen Beitrag soll das Land Salzburg in Hinkunft leisten, um die Vernetzung auf regionaler Ebene zu forcieren und die Ziele der Allianz zu erreichen?**

SPÖ: Die Allianz-Mitglieder sollen über ihre jeweiligen Kanäle in die EU einer weiteren Förderung / einem weiteren Ausbau der Atomkraft entgegentreten und einen Atomausstieg forcieren. Salzburg soll da eine aktivere Rolle einnehmen.

14. „Die Mitglieder der Allianz [der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg] sind davon überzeugt, dass die Förderung von Atomkraft die Entwicklung des europäischen Energiebinnenmarktes behindert und den Wettbewerb zu Lasten Erneuerbarer Energieträger verzerrt.“, so heißt es in der [Gemeinsamen Erklärung](#) der Allianz. Einer der Gründungsverträge der Europäischen Union, der Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), sichert der Atomindustrie bis heute finanziell, rechtlich und politisch Privilegien und eine Vormachtstellung, von der Erneuerbare Energieträger nur träumen können.
- **Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der seit 1957 unveränderte [EURATOM-Vertrag](#) endlich abgeschafft oder reformiert wird?**

KPÖ+: Ja, Privilegien für die Atomindustrie sind nicht mehr (und waren im Grunde nie) zeitgemäß, sondern sind das Ergebnis mächtigen Lobbyings der Atomindustrie.

Grüne: Der Salzburger Landtag hat bereits 2019 auf Antrag der GRÜNEN einstimmig beschlossen, sich dafür einzusetzen, EURATOM in der derzeitigen Form zu beenden. (<https://www.salzburg.gv.at/00201|pi/16Gesetzgebungsperiode/2Session/401.pdf>)

- **Welche konkreten Schritte werden Sie dafür setzen?**

SPÖ: Die Atomkraft war noch nie rentabel und wird es nie sein. Ihre Stellung hat die Atomkraft nur aufgrund der gewaltigen Subventionen vieler Regierungen. Würden Atomstromproduzenten für Schäden (oder die Lagerung des Atommülls) haften, die aufgrund des Betriebes von Atomkraftwerken passieren können und schon passiert sind, wäre wohl keine einzige Kilowattstunde Atomstrom verkauft worden. Kein Konzern der Welt könnte sich das leisten. Für alle Schäden, für die Lagerung, usw. kam immer der Steuerzahler auf.

Einer Änderung des EURATOM-Vertrag müssen alle EU-Länder zustimmen. Denken wir nur an Frankreich mit knapp 60 Atomreaktoren, einem Atomstromanteil von rund 75 % und den französischen Ankündigungen, weitere Reaktoren bauen zu wollen, können wir uns vorstellen, wie schwierig eine Änderung oder Abschaffung des Vertrages wird.

Dazu kommen noch Bau- bzw. Ausbaupläne in Finnland, Polen, Tschechien, Litauen, Lettland – das sich ein gemeinsames Projekt mit nordischen Nachbarländern vorstellen kann oder in der Slowakei.

Trotzdem dürfen wir nicht lockerlassen – vor allem unsere Bundesregierung nicht, die ich dahingehend unterstütze.

ÖVP: Gemäß Art. 106a des Euratom-Vertrages ist die Austrittsklausel des Vertrages über die Europäische Union (= Art. 50 EUV) auch auf den Euratom-Vertrag anwendbar. Europarechtsexperten sind daher der Meinung, dass ein Mitgliedsstaat aufgrund dessen nur aus beiden Organisationen, der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft gemeinsam, austreten kann. Großbritannien musste im Zuge des Brexit beispielsweise auch aus dem Euratom-Vertrag aussteigen.

Eine Änderung des Euratom-Vertrages ist über ein ordentliches Änderungsverfahren gemäß Art. 48 EUV möglich. Hierfür müsste Österreich, das Europäische Parlament oder die Europäische Kommission dem Rat einen Änderungsentwurf vorlegen. Anschließend wird dieser Änderungsentwurf dem Europäischen Rat übermittelt. Im Europäischen Rat

wäre eine einfache Mehrheit erforderlich, um den Reformprozess in Gang zu bringen. Potenzielle Verbündete wären lediglich Deutschland und Luxemburg.

Darüber hinaus darf betreffend EuratomM angemerkt werden, dass am 6.11.2019 nachstehender Antrag im Hohen Haus des Salzburger Landtags einstimmig angenommen wurde: „die Landesregierung tritt mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heran, sich auf EU-Ebene

1. für die Einberufung einer EURATOM-Vertragsstaatenkonferenz einzusetzen, bei der sich Österreich für eine Beendigung von EURATOM in der derzeitigen Form ausspricht,
2. mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass neue, zeitgemäßere Regulationen in EU-Richtlinien getroffen werden, hinsichtlich der Sicherheit von Reaktoren und (End-)Lagerung, Gesundheitsschutz vor Radioaktivität sowie das weitere Vorantreiben der Non-Proliferation u.v.m. und

3. für die Beendigung der Förderung von Atomenergie auszusprechen. Den Vorzug bei der Förderungsvergabe sollen in Zukunft allein erneuerbare Energien erhalten“.

FPÖ: Siehe Antwort zu Frage 12.

KPÖ+: Welche konkreten Schritte am sinnvollsten sind, können wir aus heutiger Sicht noch nicht seriös sagen.

15. Die Ukraine setzt historisch bedingt bisher bei der Stromversorgung neben Kohle massiv auf Atomenergie. In der Ukraine laufen laut *Global 2000* („Atomkraft in Europa“) „heute 15 Druckwasserreaktoren an vier Standorten und produzierten 2020 51,2 Prozent des Gesamtstroms des Landes, zwei weitere Reaktoren sind im Bau. Es gibt (vage) Pläne für bis zu 9 weitere Reaktoren.“ Der Krieg in der Ukraine hat einmal mehr die Gefahren dieser Technologie vor Augen geführt. Der Wiederaufbau der Ukraine wird eines der größten globalen Wirtschaftsprojekte der kommenden Jahre. Es werden dafür auch internationale Hilfen und Finanzierungen in Milliardenhöhe fließen, auch aus der EU. Damit werden Weichen gestellt.

- **Sehen Sie Möglichkeiten auf regionaler, staatlicher und EU-Ebene im Zuge des mittel- und längerfristigen Wiederaufbaus der Ukraine, dieses Land mit Hilfe zum Ausbau nachhaltiger, risikofreier, umweltfreundlicher Energien zu unterstützen?**

SPÖ: Der wichtigste Schritt ist, den Krieg zu beenden. Ohne Frieden ist alles nichts. Selbstverständlich will ich, dass die Ukraine in Zukunft auf nachhaltige Energieerzeugung setzt. Österreich hat beispielsweise viel Know-How in der Wasserkraft oder in der Biomasse. Wenn Salzburg mithelfen kann, Ukraine in Frieden dabei zu helfen, ihren Strom oder ihre Wärme nachhaltig zu erzeugen, sollen wir das tun.

FPÖ: Es ist wohl zu weit gegriffen, dass das Land Salzburg beim Wiederaufbau der Ukraine eine Rolle spielen wird, da dies ein Vorhaben internationaler Verhandlungen sein wird. Selbstverständlich wird man sich zu gegebener Zeit damit befassen müssen und dabei muss auch der Gedanke an erneuerbare Energien anstatt Atomkraft berücksichtigt werden. Im Moment jedoch hat sich das Engagement auf ein baldiges Kriegsende zu beschränken sowie auf den Schutz der Zivilbevölkerung und das Leben der Soldaten.

KPÖ+: Ja, der durch Putins Angriffskrieg notwendige Wiederaufbau soll genutzt werden, um die fossile Energieerzeugung durch den massiven Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern.

- **Was glauben Sie, kann das Land Salzburg dazu beitragen? Was wollen Sie und Ihre Partei dazu beitragen, etwa auch die MandatsträgerInnen im österreichischen und im EU-Parlament?**

SPÖ: Unser Know-How zur Verfügung stellen. Mit Krediten und Hilfen unterstützen. Im Nationalrat und im EU-Parlament dafür werben, die Ukraine entsprechend zu unterstützen.

KPÖ+: Salzburg könnte dazu Know-How, etwa im Bereich der Wasserkraft, beisteuern, sowie sich gegenüber dem Bund für einen außenpolitischen Schwerpunkt in diese Richtung stark machen.

Grüne: Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass beim Wiederaufbau der Ukraine ausschließlich auf GRÜNE Energien gesetzt wird.

- **Sind Sie dafür, dass die Bundesregierung in allen internationalen Verhandlungen um Wiederaufbauhilfen für die Ukraine nachhaltige Auflagen einfordert?**

SPÖ: Mit solchen absoluten Ansagen bin ich vorsichtig. Ich bin dafür, der Ukraine bei einem nachhaltigen Aufbau kräftig unter die Arme zu greifen.

ÖVP: Dem Grunde nach ist dieses Ansinnen natürlich nur zu unterstützen und die Österreichische Bundesregierung sollte sich im Rahmen all ihrer Möglichkeiten auch dafür auf allen Ebenen einsetzen